

1. Regierungsentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetz.

Die Dauerdiskussion um die Einwanderung startete gleich zu Beginn des neuen Jahres kräftig durch. Der schon seit längerer Zeit erwartete Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union hat für heftige Diskussionen gesorgt. Das Ministerium nutzte die Gelegenheit dafür, auch weitere Änderungen am Zuwanderungsrecht durchzusetzen. Hierbei geht es zum Teil auch um Regelungen, die sich seit der Verabschiedung des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes als korrekturbedürftig erwiesen haben.

Der Gesetzesentwurf wurde von verschiedenen politischen Richtungen zum Anlass genommen, weitere Änderungen in das Verfahren einzubringen. Der Entwurf berücksichtigt bereits die erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die unterschiedliche Behandlung von Vater und Mutter bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für ein in Deutschland geborenes Kind. Die politische Diskussion lässt allerdings erahnen, dass im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch signifikante Änderungen in den Text eingehen werden.

In diesem Zusammenhang könnten Sie folgende Verweise interessieren:

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/aufenthgaenderungen.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1145.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1108.html>

2. Haager Programm - Eckpfeiler der EU-Asylpolitik

Mit der Vorlage eines strategischen Planes „zur legalen Zuwanderung der auch Zulassungsverfahren umfasst, die es ermöglichen, umgehend auf eine sich ändernde Nachfrage nach Arbeitsmigranten auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren“, ist die EU-Kommission durch ein „Grünbuch“ über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration nachgekommen. Neben der Vereinheitlichung der Visum- und Asylpolitik und stärkerer Zusammenarbeit bei Abschiebungsmaßnahmen sieht das Programm auch „Neuansiedlungsprogramme“ vor. Was im einzelnen darunter zu verstehen ist, verbleibt derzeit nebulös. Die Mitteilung der Kommission wurde inzwischen dem Bundesrat zugeleitet (Drucksache 5/06).

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1141.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1131.html>

3. Bleiberecht für langandauernd Geduldete

Nachdem sich die Innenministerkonferenz auf der Dezembersitzung entschieden hat, kein Bleiberecht für langfristig geduldete Ausländer zu beschließen, bleibt die Forderung der Flüchtlingsverbände weiter auf der Tagesordnung. Das Bundesinnenministerium vertritt in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken die Auffassung, das Thema sei im Vermittlungsausschuss diskutiert worden, eine Altfall- oder Bleiberechtsregelung wurde dabei nicht in den Kompromiss beim

Zuwanderungsgesetz aufgenommen. Verschiedene Wohlfahrtsverbände, der Anwaltverein und Landespolitiker von CDU und SPD fordern ein Bleiberecht für langfristig geduldete Ausländer. Die Vorstellungen über die Inhalte einer möglichen Regelungen gehen allerdings weit auseinander.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1154.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1150.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1143.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1119.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1117.html>

4. Verfassungsbeschwerde eines Vaters gegen Abschiebung

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich mit einer Verfassungsbeschwerde eines ausländischen Vaters eines deutschen Kindes gegen die drohende Abschiebung zu befassen. Das Gericht hob die zuvor ergangenen Entscheidungen auf und verwies die Sache an die Verwaltungsgerichtsbarkeit zurück. Inhaltlich führte das Gericht aus, dass das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt und die Beziehung jedes Elternteils zu seinem Kind als grundsätzlich schutz- und förderungswürdig anzuerkennen sind. Die gewachsene Einsicht in die Bedeutung des Rechts des Kindes auf Umgang mit beiden Elternteilen habe Auswirkungen auf die Auslegung und Anwendung der aufenthaltsrechtlichen Regelungen, wonach auch dem nicht sorgeberechtigten Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, wenn die familiäre Gemeinschaft schon im Bundesgebiet gelebt wird. Daher ist maßgeblich auch auf die Sicht des Kindes abzustellen und im Einzelfall zu untersuchen, ob eine persönliche Verbundenheit besteht, auf deren Aufrechterhaltung das Kind zu seinem Wohl angewiesen ist.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1130.html>

5. Aufnahme jüdischer Zuwanderer

Die Innenministerkonferenz hat einen im Wege des Umlaufs beschlossene Entscheidung über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (Ausnahme: baltische Staaten) zur Veröffentlichung freigegeben. Der Beschluss enthält Aufnahmevoraussetzungen, Verfahrensregelungen und Verfahren zur Quotenfeststellung. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise der Beschluss in den einzelnen Bundesländern umgesetzt wird.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1125.html>

1. EU für weitere Harmonisierung der Asylverfahren

Die Europäische Kommission hat einen weiteren Vorstoß zur vollständigen Harmonisierung der Asylsysteme innerhalb der Union unternommen. Daneben hat der Vorschlag zum Ziel, gemeinsam Informationen über die Herkunftsländer zu beschaffen und Lösungen für Situationen zu finden, in denen das Asylsystem eines Landes aufgrund der Aufnahmekapazität unter Druck gerät. Der Mitteilung der Kommission zufolge resultiert der Vorschlag auf dem Haager Programm, welches unter der Niederländischen Ratspräsidentschaft im November 2004 beschlossen wurde.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1184.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1141.html>

2. Gesprächsleitfaden / Gesinnungstest

Nachdem in Baden-Württemberg und Bayern in Fällen, in denen Zweifel an der Verfassungstreue von Einbürgerungsbewerbern bestehen, ein Gesprächsleitfaden für Moslems eingeführt wurde, warnt der CDU-Politiker Bosbach vor einer Umgehung der Überprüfung durch Einbürgerungstourismus in Bundesländer, die ein derartiges Verfahren nicht einführen.

Die Religionsgemeinschaften stehen dem Leitfaden kritisch gegenüber.

Die Bundesregierung hat im Rahmen einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag mitgeteilt, dass an einer bundesweite Einführung eines derartigen Fragebogens nicht geplant ist.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1144.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1155.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1159.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1183.html>

3. EU-Beitritt / Freizügigkeit der Beitrittsstaaten

Im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat Außenminister Steinmeyer bei seinem Antrittsbesuch mitgeteilt, dass das Ratifizierungsverfahren zum EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien voraussichtlich im April oder Mai in Gang gesetzt werden wird.

Unterdessen ist die Freizügigkeit für die Staatsangehörigen der Staaten, die im Mai 2005 der Union beigetreten sind, noch immer nicht im vollen Umfang hergestellt. Dies fordert der zuständige EU-Kommissar Spidla und die deutschen Wirtschaftsverbände. Die Gewerkschaften sehen dies anders. Die jüngst durch die AEG beschlossene und mit Personalkosten begründete Verlagerung der Produktion von Nürnberg nach Polen und Italien leistet argumentative Schützenhilfe. Die Bundesregierung plant dennoch, die Herstellung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer

nochmals aufzuschieben.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1179.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1173.html>

4. Rechtsprechung

Das Bundesverfassungsgericht hat den § 14 Abs. 3 des Luftsicherheitsgesetz für nichtig erklärt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1185.html>

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Deutschland seine Einreisebestimmungen zur Erteilung von Visa für von anderen EU-Staaten entsandten Drittstaatsangehörigen ändern muss. Grundlage dieser Entscheidung war eine Bestimmung des inzwischen außer Kraft getretenen Ausländergesetzes. Die derzeit gültige Regelung in der Beschäftigungsverordnung ist allerdings ähnlich.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1157.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/beschv.html#15>

Einer Entscheidung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes zufolge hat eine nach islamischem Ritus verheiratete Zweitehefrau und deren Sohn kein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1162.html>

Das Rheinland-Pfälzische Oberverwaltungsgericht hat entschieden, dass ein ausreisepflichtiger Ausländer in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen muss.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1180.html>

5. Fußballweltmeisterschaft

100 Tage vor der Eröffnung der WM 2006 hat das Bundesinnenministerium eine Zusammenfassung des ausländerrechtlichen Begleitkonzeptes zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 veröffentlicht.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1188.html>

1. Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze

In einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage im Bundestag hat die Regierung mitgeteilt, dass zu dem Referentenentwurf des Gesetzes Stellungnahmen von 30 Organisationen und Einrichtungen beim Innenministerium eingegangen sind. Die Regierung rechnet mit einer baldigen Einbringung des Gesetzentwurfes in das parlamentarische Verfahren. Nicht erwartet wird, dass die Europäische Union in diesem Jahr Richtlinien auf dem Gebiet des Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrechts beschließt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1212.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/aufenthgaenderungen.html>

2. Bleiberecht

Nachdem zur Jahreswende 2005 während der Innenministerkonferenz keine Einigung für eine Bleiberechtsregelung betreffend langjährig geduldeter Flüchtlinge erzielt werden konnte, lassen Äußerungen von Bundesinnenminister Schäuble erneut Hoffnungen auf eine entsprechende Regelung aufkeimen.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1211.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/bleiberecht.html>

3. Staatsangehörigkeitsrecht / Test für Einbürgerungswillige

Die Unionsfraktion im Bundestag hat die Länder vor die Wahl gestellt, sich entweder auf einen einheitlichen Test für Einbürgerungswillige zu verständigen oder vom Bund eine Regelung vorgeschrieben zu bekommen. Es bleibt abzuwarten, ob die Fraktion eine derartige Regelung im Bundestag durchsetzen können, da sich führende SPD-Politiker gegen einen Einbürgerungstest ausgesprochen haben.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1210.html>

4. Rechtsprechung

Das Bundesverwaltungsgericht hat Urteile zur Geltendmachung von Abschiebungskosten veröffentlicht. Während in einem Verfahren gegen Fluggesellschaften wegen der Festsetzung von Zwangsgeldern wegen einer fehlenden Ermächtigungsgrundlage aufgehoben wurde, hat das Gericht entschieden, dass auch Kosten, die durch die Flugbegleitung durch ausländische Sicherheitskräfte entstehen, zurückgefordert werden dürfen.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Vorgehen der Einwohnermeldebehörden zum Auskunftsverlangen gegenüber ehemaligen deutschen Staatsangehörigen über den

Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit bestätigt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1206.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1207.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1213.html>

1. Änderung des Aufenthaltsgesetz

In unserem letzten Newsletter im März berichteten wir bereits über eine Antwort des Bundesregierung, wonach bald mit der Einbringung eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze in das parlamentarische Verfahren zu rechnen sei.

Bei einem Symposium zum Flüchtlingsschutz kündigte Innenminister Schäuble an, dass die Änderung einher gehen wird mit einer Überprüfung des Zuwanderungsgesetzes.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1278.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1279.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/zuwg.html>

2. EU-Verfassung

Eine Lösung des Streits um eine Verfassung für die Europäische Union ist auch nach dem EU-Gipfel nicht in Sicht. Jetzt will die EU erneut versuchen, die Bürger für Europa zu begeistern.

Auf dem Gipfel wurde weiter klargestellt, dass an der Aufnahme der Staaten Bulgarien und Rumänien spätestens im Januar 2008 nicht gerüttelt wird.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1276.html>

3. Schengener Grenzkodex

Der Grenzkodex [Verordnung (EG) 562/2006] wurde inzwischen im Amtsblatt der Europäischen Union L 105 vom 13.04.2006 veröffentlicht. Die Regelungen treten gemäß Artikel 40 der Verordnung überwiegend am 13.10.2006 in Kraft.

Die Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates wurde inzwischen von uns in html umgesetzt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/grenzkodex.html>

http://www.aufenthaltstitel.de/vo_562_2006_eg.html

4. Reiseerleichterungen für Ausländer in der Schweiz

In der Schweiz lebende Ausländer mit einem Ausländerausweis B oder C brauchen ab 10. Juli 2006 kein Visum mehr, um in die Schengenländer zu reisen. Die EU erleichtert ihnen damit das Reisen enorm. Ein entsprechender Rechtsakt der Union wurde am Dienstag, 20.06.06 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht (L 167/8) . Die Reiseerleichterungen gelten auch für in Liechtenstein aufhältige Ausländer, die im Besitz einer Jahresaufenthaltsbewilligung (befristete Aufenthaltserlaubnis) oder einer Niederlassungsbewilligung (unbefristete Aufenthaltserlaubnis) sind.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1281.html>

5. Zwangsverheiratungen

Der Gesetzesvorstoß des Landes Baden-Württemberg, sogenannte Zwangsehen als einen eigenständigen Straftatbestand im StGB aufzunehmen, ist in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses von den Sachverständigen, vorwiegend Juristinnen und Juristen, kritisiert worden. Vertreter von Migrantenverbänden nutzten die Anhörung, um die bestehende Rechtslage, besonders die Regelungen zum Familiennachzug, zu kritisieren.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1280.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/0971.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1006.html>

Stichwort: Familiennachzug

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/familiennachzug.html>

6. Biometrie im Personalausweis

In Bundespersonalausweisen für deutsche Staatsangehörige sollen ab 2008 ein digitales Bild des Gesichtes und Fingerabdrücke gespeichert sein. Schließlich soll eine elektronische Signatur ermöglicht werden, die dann an die Stelle der manuellen Unterschrift treten kann. Es werde noch geprüft, ob die Daten auf einem scheckkartengroßen Ausweisdokument untergebracht werden können.

<http://www.aufenthaltstitel.de/biometrie/0092.html>

Stichworte

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/biometrie.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/bpa.html>

1. Integration / Integrationsgipfel

Bei der am 14.07.2006 stattgefundenen Auftaktveranstaltung zum Integrationsgipfel wurde beschlossen, sechs Arbeitsgruppen einzurichten, die zu den Themen Integrationskurse, Spracherwerb von Anfang an, Verbesserung von Bildungschancen, Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen, Unterstützung vor Ort, Stärkung von Bürgergesellschaften Ergebnisse liefern sollen. Diese Handlungsfelder waren bereits durch die Integrationsbeauftragte erarbeitet worden und Gegenstand einer Erklärung des Bundeskabinetts zum Integrationsgipfel.

Der Gipfel wird von Migrations- und Flüchtlingsvereinigungen kritisch betrachtet.

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/integrationsgipfel.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1298.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1300.html>

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung ein Integrations- und Einbürgerungskonzept präsentiert, das bundesweit gleiche Standards garantieren soll.

Die Entschließung folgt dem Ergebnis der Innenministerkonferenz in Garmisch-Patenkirchen. Neben der Herabsetzung des für die Einbürgerung hinnehmbaren Höchstsatzes an Verurteilungen von 180 auf 90 Tagessätze Geldstrafe sieht das Konzept vor, dass Einbürgerungskurse besucht werden müssen und die Einbürgerung in einem feierlichen Rahmen vollzogen wird.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1295.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1241.html>

2. GASIM

Das Bundesinnenministerium hat das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) vorgestellt. Die neue Dienststelle soll auf der Grundlage einer „institutionalisierten Kooperation“ fachliche Kompetenzen aller beteiligten Behörden und Stellen bei der Bekämpfung der illegalen Migration bündeln. Beteiligt sind bislang nur Bundesbehörden. Eine Beteiligung von Polizeidienststellen der Länder und das Ausländerrecht vollziehender Stellen werde angestrebt. Bestehende rechtliche Rahmenbedingungen werden nicht verändert.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1302.html>

3. Rechtsprechung

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat in einer veröffentlichten Entscheidung verlautbart, dass Ausländern, die sich langjährig lediglich geduldet in Deutschland

aufhalten, dadurch keinen Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitel wegen der sich möglicherweise daraus ergebenden faktischen Integration erwerben. Auch bei Kindern, die in dieser Zeit Schul- und Berufsabschlüsse in Deutschland erwerben, sei kein unzulässiger Eingriff in das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie den Grundrechten des Schutzes von Leben und Gesundheit erkennbar.

Im Rahmen des Beschlusses gaben die Richter auch Hinweise zur Bleiberechtsregelung für bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Jahre 2002.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1301.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/bleiberecht.html>

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat unterdessen darüber entschieden, unter welchen Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen für einen abgelehnten und geduldeten Asylbewerber in Betracht kommt, der sich auf eine allgemeine Gefahrenlage in seinem Heimatstaat (Irak) beruft.

Hinsichtlich der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG blieb der Kläger erfolglos, da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG rechtskräftig abgelehnt hatte.

Das Gericht ließ allerdings offen, ob dem Kläger eine bei der derzeitigen Lage wegen Unmöglichkeit der Ausreise eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt werden kann.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1287.html>

4. EU-Beitritt Bulgarien und Rumänien

Inzwischen hat sich der Bundesrat mit dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union beschäftigt. Nach der Empfehlung der Ausschüsse des Bundesrates soll darauf hingewiesen werden, der ausgehandelte Vertrag keine Möglichkeit enthalte, selbst bei unzureichendem Vorbereitungsstand den Beitritt über den 01.01.2008 hinaus zu verschieben.

Die Bundesregierung rechnet mit Kosten für die Aufnahme in Höhe von 16 Milliarden EUR. Hiervon habe Deutschland zirka 20% (3,2 Mrd.) aufzubringen.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1296.html>

1. Bleiberecht

Bereits mehrfach haben wir über Versuche berichtet, eine politische Einigung über ein Bleiberecht für geduldete Ausländer zu erzielen. Innenminister Schäuble will Ausländer, die ohne klaren Rechtsstatus in Deutschland leben, ein sicheres Bleiberecht gewähren sieht jedoch in Zuwanderung nicht die Lösung der deutschen Demographieprobleme. Minister Beckstein ist, was das Bleiberecht angeht, extrem skeptisch. Eine sogenannte Altfallregelung soll im Herbst vorgelegt werden. Im Hinblick auf eine derartige Regelung haben bereits einige Länderministerien die Aussetzung von Abschiebungen verfügt.

Unbeeindruckt von der deutschen Diskussionen über ein Bleiberecht will die EU-Kommission mehr Zuwanderung nach Europa ermöglichen.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1314.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1322.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1327.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1313.html>

2. Irak

Verschiedene Obergerichte setzen sich derzeit mit Asylwiderrufen von irakischen Flüchtlingen auseinander. Der VHG Mannheim hat entschieden, dass Chaldäern mit dem Nordirak eine innerstaatliche Fluchtalternative zur Verfügung steht. Das Sächsische Obergericht wiederum hat die Berufung gegen ein asylrechtliches Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden zur Klärung der Frage zugelassen, ob für Christen im Irak die Gefahr einer landesweiten Gruppenverfolgung besteht.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1316.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1317.html>

Stichwort: Chaldäer

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/chaldaeer.html>

3. GASIM

Im September gab das Bundesinnenministerium bekannt, dass eine Stelle zur wirksamen Bekämpfung der ungesetzlichen Migration geschaffen wurde. Als Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag teilte die Behörde nun mit, dass sich 33 Beschäftigte um die Aufgaben Sammlung aller verfügbaren Erkenntnisse auf dem Gebiet der illegalen Migration, Auswertung und Analyse derselben, Erstellung von Lagebildern, internationale Zusammenarbeit, Analyse von Zusammenhängen der illegalen Migration mit allgemeiner und organisierter Kriminalität, illegaler Beschäftigung und Missbrauch von Sozialleistungen, die Initiierung und

Unterstützung von Ermittlungsverfahren sowie Aufbau und Wahrnehmung einer Frühwarnfunktion kümmern.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1302.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1335.html>

4. Informationsbroschüre Willkommen in Deutschland

Das Bundesinnenministerium hat eine neue Broschüre für Zuwanderer aufgelegt. "Willkommen in Deutschland" ist der Titel der 172 Seiten starken Veröffentlichung, die in mehreren Sprachen bezogen werden kann.

Das erst Anfang 2005 durch die Migrationsbeauftragte herausgegebene Handbuch für Deutschland ist nach den Eintragungen der Internetpräsenz weiterhin verfügbar.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1336.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/0760.html>

5. Biometrie

Der neu eingeführte Reisepass mit RFID-Technologie soll zumindest teilweise zu knacken sein. Der während der Einführung des Passes amtierende Innenminister sorgt unterdessen dadurch für Schlagzeilen, dass er nun Biometrie-Firmen berät. Minister Schily war maßgeblich an der Einführung des Pässe mit biometrischen Merkmalen beteiligt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/biometrie/0098.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/biometrie/0099.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/biometrie/0100.html>

Stichwort:

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/biometrieverfahren.html>

1. EU Beitritt Bulgarien und Rumänien

Die EU-Kommission hat ihren abschließenden Bericht zum EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens vorgelegt. Hierin kommt sie zu dem Schluss, dass beide Länder erhebliche Fortschritte gemacht haben und 2007 der EU beitreten können, obwohl Justizreform, der Kampf gegen Korruption und gegen das organisierte Verbrechen noch nicht beitriffsreif gelöst sind.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1361.html>

2. Arbeitsmigration

Im Rahmen der anstehenden Änderungen des Aufenthaltsgesetzes wurde von Wirtschaftsverbänden ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt gefordert. Hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland erhalten nach Medienberichten jedoch nun keinen erleichterten Zuzug nach Deutschland. Diesen erhält nach wie vor nur, wer einen Jahresverdienst von 85.000 Euro nachweisen kann.

Der für Beschäftigung zuständige EU-Kommissar Spidla hält dies für einen Fehler. Er sieht das Wirtschaftswachstum ohne Zuwanderung für gefährdet. Auch Historiker Bade, einst Mitglied des Migrationsrat spricht sich für Zuwanderung von Hoch- und Höchstqualifizierten ohne Rücksicht auf Einkommensgrenzen aus.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1385.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1354.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1390.html>

3. Biometrie – Elektronischer Bundespersonalausweis

Die Einführung eines mit biometrischen Merkmalen ausgestatteten Personalausweises soll Teil des vom Bundeskabinett beschlossenen Programms zur Modernisierung der Bundesverwaltung sein. Der Ausweis enthält nach Angaben des Bundesinnenministeriums einen Chip zur elektronischen Identifizierung. Damit sollen auch Online-Banking und andere Internetgeschäfte einfacher und sicherer sein.

<http://www.aufenthaltstitel.de/biometrie/0102.html>

Stichworte: RFID, Bundespersonalausweis

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/rfid.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/bpa.html>

4. Grenzkontrollen/ Grenzkodex

Der Schengener Grenzkodex ist am 13.10.2006 in Kraft getreten. Die dadurch veranlassten Änderungen im Schengener Durchführungsübereinkommen sind inzwischen eingearbeitet.

Mittelungen der Mitgliedstaaten nach Artikel 34 VO 562/2006 über die Aufenthaltstitel, Richtbeträge, Grenzübergangsstellen und die Liste der zuständigen Behörden für die Grenzkontrolle und schließlich die Mitteilung zu den Mustern der besonderen Ausweise wurde im Amtsblatt EU vom 13.10.06 Nr. C 247 veröffentlicht.

Unter Verweis auf die EU-Kommission wurde berichtet, dass die Grenzkontrollen zwischen alten und neuen EU-Staaten (z.B. Polen, Tschechien) vorerst bleiben.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1355.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/grenzkodex.html>

5. Anti-Terror-Datei

Das Gemeinsame-Dateien-Gesetz, dessen Kern aus der so genannten Anti-Terror-Datei besteht, ist unter dessen auf dem parlamentarischen Weg. Der Bundesrat hat bereits eine Stellungnahme zum Gesetz abgegeben.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1393.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1362.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1358.html>

Stichwort: Anti-Terror-Datei

http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/anti_terror_datei.html

6. Bleiberecht

Im Streit um ein dauerhaftes Bleiberecht für lang geduldete Ausländer deutet sich ein Kompromiss an. Problematische Punkte scheinen die Fragen zu sein, wie

- die Aufnahme einer den Lebensunterhalt sichernden ermöglicht werden soll und
- mit Ausländern umgegangen werden soll, die die lange Aufenthaltszeit durch Täuschung selbst verursacht haben.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1383.html>

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/1345.html>